

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/02/2010
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 24.03.2010
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Weiterführung der Arbeit der Familienhebamme
4. Trinkerszene am Graf-von-Galen-Ring / Ecke Bahnhofstraße
Hier: Beschlussempfehlung aus der Bezirksvertretung Mitte
5. Haushaltsplanberatungen 2010
6. Bericht aus dem Seniorenbeirat
7. Bericht aus dem Behindertenbeirat
8. Anfrage gem. § 5 Abs. 1 GeschO für die Sitzung des SOA am 24.03.2010
Hier: Anteil der Stadt Hagen an den Kosten für Hartz IV - bzw. ARGE-Leistungen
9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Anwesenden.

Sie bittet um eine Erweiterung der Tagesordnung.

Als Tischvorlage liege eine Beschlussempfehlung der BV Mitte an den Sozialausschuss vor, einen Arbeitskreis zur Problematik der Trinkerszene am Graf-von-Galen-Ring / Ecke Bahnhofstraße zu bilden.

Sie schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt als Punkt 4 in die Tagesordnung aufzunehmen. Die weiteren Punkte verschieben sich dann entsprechend.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

2. Mitteilungen

keine

3. Weiterführung der Arbeit der Familienhebamme**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Dr. Sommer erläutert die Tischvorlage (**siehe Anlage zu TOP 3**).

Sie weist darauf hin, dass es sich um einen Beschluss in dieser Sache vom gestrigen Tag handelt, den der Verwaltungsvorstand so gefasst habe.

Herr Söhnchen weist darauf hin, dass es sich bei der Stelle der Familienhebamme um eine halbe Stelle gehandelt habe. Nun sei bei der Caritas eine volle Stelle eingerichtet worden. Mit welchem finanziellen Anteil sei die Stadt Hagen beteiligt? Seien die anderen Träger auch in dieser Angelegenheit angesprochen worden?

Frau Dr. Sommer stellt richtig, dass die Familienhebamme mit einem Stundenanteil von 25 Stunden bei der Stadt Hagen beschäftigt worden sei. Da die Beschlüsse im Verwaltungsvorstand gefasst worden seien, könne sie keine näheren Erläuterungen dazu abgeben. Das Gesundheitsamt habe auftragsgemäß mit allen Verbänden in dieser Sache gesprochen. Das Angebot der Caritas, eine Vollzeitstelle einzurichten, sei vom Verwaltungsvorstand angenommen worden.

Frau Priester-Büdenbender erklärt in Richtung von Herrn Dr. Schmidt, dass sie irritiert sei, dass der Verwaltungsvorstand diese Entscheidung getroffen habe, ohne die Politik vorher einzubinden. Sie bittet um Darstellung der Abläufe.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass man möglichst schnell handeln müssen. Es habe eine intensive telefonische Befragung aller möglichen Interessenten gegeben, die eine solche Trägerschaft hätten übernehmen können. Der Ausschlag sei gewesen, dass die Caritas eine Vollzeitstelle angeboten habe. Die Stadt beteilige sich mit einer Finanzierung von 19,5 Stunden. Damit habe man die Fortführung der Arbeit der Familienhebamme mit der doppelten Arbeitszeit gesichert und einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 6.000 € erzielt.

Frau Buchholz fragt, ob die Stelle befristet sei. Läge ein Konzept vor?

Herr Haensel fasst zusammen, dass alle Beteiligten wohl nicht ganz zufrieden mit dem Verfahren seien. Er bestätigt, dass mit allen beteiligten Verbänden gesprochen worden sei. Er ist der Meinung, dass man der Caritas die Chance geben solle, in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt und dem vorhandenen Netzwerk in einer der nächsten Sitzungen das Konzept vorzustellen.

Herr Hentschel weist darauf hin, dass der Vertrag von Frau Korthaus mit der Stadt bis zum 14. Mai laufe, auch wenn sie sich zur Zeit im Urlaub befände. Welche Ersparnis ergebe sich denn für die Stadt Hagen zukünftig?

Herr Dr. Schmidt antwortet, dass sich eine geringe Einsparsumme von 6.000 € ergebe. Er befürwortet den Vorschlag von Herrn Haensel, Frau Korthaus einzuladen, um zum Konzept Auskunft zu geben. Wenn er richtig informiert sei, sei der Vertrag auf zwei Jahre befristet.

Herr Hentschel äußert seinen Unmut über die Fülle von Tischvorlagen, die den Ausschussmitgliedern zugemutet würden. Man würde vor Tatsachen gestellt, zu denen man keine Entscheidung mehr treffen könne.

Herr Dr. Schmidt rechtfertigt, warum einzelne Tischvorlagen nicht früher zur Kenntnis gegeben könnten. Es sei den Ausschussmitgliedern unbenommen, einen Antrag auf Vertagung oder 1. Lesung zu stellen.

Frau Priester-Büdenbender erklärt zusammenfassend, dass der Ausschuss es richtig fände, dass die Stelle fortgeführt würde. Sie bringt ihren Unmut darüber zum Ausdruck, dass die Information nicht bereits in der ersten Sitzung des Sozialausschusses weitergegeben worden sei. Sie bittet die Verwaltung bei Auslaufen befristeter Stellen zukünftig, den Sozialausschuss rechtzeitig zu informieren, damit man genügend Vorlauf habe, sich mit dieser Thematik zu befassen.

Herr Steuber weist darauf hin, dass es Dinge gebe, die als einfaches Geschäft in die Zuständigkeit der Verwaltung fielen. Wenn man jeden befristeten Vertrag in der politischen Diskussion behandeln wolle, würde das sicher zu weit führen. Er versteht das Anliegen von Frau Priester-Büdenbender dahingehend, dass es darum gehe, wenn die Aufgabe eines Arbeitsgebietes gefährdet sei, die Politik beteiligt würde. Dass könne er akzeptieren.

Frau Priester-Büdenbender bestätigt, dass ihr Wortbeitrag so zu verstehen gewesen sei.

**4. Trinkerszene am Graf-von-Galen-Ring / Ecke Bahnhofstraße
Hier: Beschlussempfehlung aus der Bezirksvertretung Mitte**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Priester-Büdenbender erklärt, dass die Bezirksvertretung Mitte dem Sozialausschuss empfohlen habe, einen Arbeitskreis aus Politik und Verwaltung einzurichten, der Vorschläge für eine stadtweite Lösung der Problematik „Trinkerszene“ erarbeitet.

Die Beschlussempfehlung sei als Tischvorlage ausgelegt.

Herr Dr. Schmidt macht den Vorschlag, sich über den Stand der Diskussion im Dortmunder Norden, wo seit geraumer Zeit Lösungsansätze für die Problematik der „Trinkerszene“ erarbeitet würden, zu informieren und dem Sozialausschuss vorzustellen.

Herr Söhnchen erklärt im Namen seiner Fraktion, dass der Vorschlag der Bezirksvertretung Mitte begrüßt werde. Er regt an, die Ordnungspartnerschaft neben der Verwaltung einzubinden, um auf die Ergebnisse der Polizei zurückgreifen zu können. Es sei wünschenswert, wenn ein solcher Arbeitskreis entsprechend fachlich versierte Gäste zu seinen Sitzungen einladen würde.

Herr Steuber weist darauf hin, dass es einen solchen Arbeitskreis bereits gebe. Er habe allerdings seit 2008 nicht mehr getagt. Dieser Arbeitskreis habe lange Zeit unter Leitung des Bezirksbürgermeisters Mitte gestanden. Wenn dieser Arbeitskreis wieder aktiviert werden sollte, könne dies aus der Bezirksvertretung Mitte heraus geschehen.

Frau Sauerwein befürwortet die Einrichtung eines solchen Arbeitskreises. Sie hält den Kieler Ansatz für erfolgversprechend. Sie schlägt vor, sich diese Problematik vor Ort anzuschauen. Es sei wichtig, diese Arbeit mit sozialpädagogischer Arbeit in Form von Streetworkern anzureichern.

Herr Söhnchen ergänzt seinen Antrag dahingehend, dass die vermeintlich großen Parteien mit zwei Vertretern und die restlichen Fraktionen mit einem Vertreter in diesem Arbeitskreis vertreten seien. Für seine Fraktion schlägt er Frau Priester-Büdenbender und Frau Buchholz vor.

Frau Helling bittet darum, eine stadtweite Lösung zu finden. Sie fragt, ob die Ausschussbesetzung schon in der heutigen Sitzung stattfinden müsse.

Frau Priester-Büdenbender schlägt vor, die Vorschläge aus den Fraktionen an die Schriftführerin weiterzugeben. Sie hält es für eine gute Lösung, kurzfristig tätig zu werden. Die Problematik sei im gesamten Hagener Stadtgebiet vorzu-

finden. Daher müsse auch eine stadtweite Lösung gefunden werden. Sie bittet die Fraktionen, Personen zu benennen und schlägt vor, dann kurzfristig einen Termin zu vereinbaren.

Sie lässt über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss beschließt, einen Arbeitskreis aus Politik, Verwaltung und Ordnungspartnerschaft einzurichten, der Vorschläge für eine stadtweite Lösung der Problematik „Trinkerszene“ erarbeitet.
Die Fraktionen benennen je nach Größe zwei bzw. einen Vertreter für diesen Arbeitskreis.
2. Darüber hinaus wird die Übertragung des in der Presse dargestellten Projektes „Trinkerraum“ der Stadt Kiel auf die Stadt Hagen geprüft.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Anmerkung zur Niederschrift:

Die Fraktionen benannten folgende Personen für den Arbeitskreis:

SPD-Fraktion:	Frau Petra Priester-Büdenbender Frau Birgit Buchholz
FDP-Fraktion:	Herrn Hajo Geisler
Fraktion Hagen Aktiv:	Herrn Jochen Löher
Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN	Frau Ruth Sauerwein Herrn Oliver Beuth als Vertreter

CDU-Fraktion:**noch keine Meldung erfolgt****Hinweis:**

Die Kontaktdaten der genannten Vertreter liegen der Schriftführerin vor und können dort erfragt werden.

5. Haushaltsplanberatungen 2010**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Söhnchen erklärt im Namen seiner Fraktion, dass es wenig Sinn mache, den Haushaltsplanentwurf in der heutigen Sitzung zu verabschieden, weil die Arbeitsgruppen, die gebildet worden seien, erst im Mai ihre Ergebnisse liefern könnten.

Herr Dr. Schmidt führt aus, dass die Verwaltung bis Ende Mai im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes bis 2014 die Personalkosteneinsparung in Höhe von 33 Millionen € vorzulegen habe. Der Anteil für den Sozialbereich liege bei ca. 6 Millionen €. Die Politik werde sich voraussichtlich im Sommer damit beschäftigen müssen und es werde harte Diskussionen geben. Er fragt Frau Walter, wie die zeitliche Abfolge sei.

Frau Walter macht deutlich, dass der Haushaltsplanentwurf für 2010 vorgelegt werde mit dem Ziel, am 6. Mai 2010 den Rat darüber beschließen zu lassen. Mit der Bezirksregierung bestünden Verabredungen, dass man in 2010 den Haushaltsplanentwurf für 2011 einbringe. Das sei für Mitte Dezember vorgesehen. In diesem Haushaltsplanentwurf sollten dann die Konsolidierungsmaßnahmen einfließen, die im Zukunftspapier derzeit vereinbart seien und bis Ende Mai 2010 seitens der Verwaltung konkretisiert werden müssten.

Der Haushaltsplanentwurf 2010 enthalte zwar perspektivisch diese Größenordnung des Zukunftspapiers, aber sei darin noch nicht konkretisiert. Der Haushaltsplanentwurf 2010 sei verwaltungsseitig noch abzuarbeiten, damit dieser als buchungstechnische Grundlage diene. Er werde als Basis für den Haushaltsplanentwurf 2011 benötigt.

Sie bittet aus diesem Grunde eindringlich darum, den Haushaltsplanentwurf 2010 zu beraten und zu beschließen.

Frau Buchholz entgegnet, dass im Haushaltsplanentwurf sehr wohl Vorschläge enthalten seien, über die man in den Arbeitsgruppen noch berate. Da handele es sich zum Beispiel um die Kürzungen im Sozialbereich. Daher könne man noch keinen Beschluss dazu fassen.

Herr Dr. Schmidt bestätigt, dass der Kürzungsbetrag in Höhe von 106.000 € aufgrund des Ratsbeschlusses aus 2008 im Haushaltsplanentwurf 2010 enthalten sei.

Man sei seitens der Fachverwaltung mit der Kämmerei im Gespräch, weil man der Auffassung sei, dass man aufgrund der Vertragssituation mit den Verbänden den Zuschuss für 2010 noch voll auszuzahlen müsse.

Die Ergebnisse, die in den Arbeitsgruppen erarbeitet wurden, könnten erst ab 2011 gelten. Es gehe dabei auch um das Vertrauen zwischen Verwaltung und den Verbänden.

Frau Walter erklärt, dass die Kämmerei den Ratsbeschluss bezüglich der Kürzung pflichtgemäß im Haushaltsplanentwurf abgebildet habe. Da würde aber nun eine Lösung gefunden, die allen Beteiligten gerecht werde.

Frau Buchholz erklärt, dass im Rahmen des im letzten Jahr diskutierten Sparpaketes auch die Sucht und Drogenberatung und die Aidshilfe betroffen sein müssten. Sie wiederholt, dass vor diesem Hintergrund ein Beschluss nicht zu fassen sei.

Dr. Schmidt stellt richtig, dass in diesem Bereich noch die volle Summe zur Verfügung stehe. Man habe hier intern eine unterschiedliche Behandlung erfahren. Nach seinem Kenntnisstand seien nur die Verträge aus dem sozialen Bereich betroffen, die vom Fachbereich Jugend & Soziales geschlossen worden seien.

Herr Steuber macht den Vorschlag, den Haushalt insgesamt zu behandeln und zu beschließen und zu dem betroffenen Teilplan einen Zusatzbeschluss zu fassen. In dem könne beantragt werden, dass ein Gleichklang zwischen vertraglicher Vereinbarung und der Beschlusslage des Rates aus 2008 hergestellt werde. 2009 habe der Rat einen anderen Beschluss gefasst. Als die Verwaltung konkretisiert habe, an welchen Stellen die Kürzungen vorgenommen werden sollten, sei der Rat dem nicht gefolgt. Zu dem Zeitpunkt habe der Ratsbeschluss aus 2008 aufgehoben werden müssen.

Jetzt liege eine Diskrepanz zwischen Haushalt und den Verträgen vor. Man sei jetzt dabei, das zu korrigieren. Es sei ein Teilplan davon betroffen.

Herr Haense weist darauf hin, dass die Verbände in 2010 weniger Geld bekommen hätten. Darüber habe es keine Mitteilung seitens der Verwaltung gegeben. Er könne das nur sehr schwer nachvollziehen.

Er unterstützt den Vorschlag von Herrn Steuber, die betroffene Position auszuklammern und in die Beratung einzusteigen.

Frau Priester-Büdenbender schlägt vor, den Haushaltsplanentwurf seitenweise durchzugehen. Sie weist darauf hin, dass der Sozialausschuss am 27. April erneut tage.

Herr Dr. Schmidt bittet um den Auftrag aus dem Sozialausschuss, dass die Fachverwaltung die Problematik mit der Kämmerei glattziehe.

Frau Priester-Büdenbender geht den Haushaltsplanentwurf seitenweise durch und bittet um Fragen und Anmerkungen.

Frau Sauerwein hat eine Frage zur Kostenabsenkung bei der Hilfe zur Pflege (Seite 40), die von Frau Kreiss beantwortet wird.

Herr Beuth stellt eine Frage zur Personalkostenentwicklung im Bereich der Leistungen für Schwerbehinderte (Seite 75), die von Herrn Steuber beantwortet wird.

Frau Buchholz vermisst im Teilplan 1.31.31 – Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege – eine Auflistung über Höhe der Zuschüsse an die verschiedenen Träger. Hier sei nicht nachvollziehbar, an welcher Stelle sich die Einsparung in Höhe von 106.000 € wiederfinde.

Herr Steuber verweist in diesem Zusammenhang auf die Geschäftsberichte, auf die an dieser Stelle ein Hinweis gegeben werden könnte.

Herr Haensel empfiehlt eine Formulierung, die beinhaltet, dass die Haushaltsansätze in diesem Teilplan korrigiert und an die bestehende Vertragslage mit den Verbänden angepasst werden.

Frau Priester-Büdenbender folgt dem Vorschlag und lässt über den Antrag abstimmen.

Frau Sauerwein merkt zum Teilplan 1.41.21 zu Zeile 13 (Seite 97) an, dass sie diesen Weg der Personalkosteneinsparung über Leiharbeiter ablehnt.

Herr Strate erläutert das Modell.

Frau Sauerwein akzeptiert die Erklärung.

Frau Buchholz bittet um Erläuterung zum Teilplan 1.41.40 – Gesundheitswesen -, da dort neben der Aids-Hilfe verschiedene Maßnahmen aufgeführt seien, die wegfallen sollten. Müsste hier nicht ein inhaltlich identischer Beschluss gefasst werden wie zum Teilplan 1.31.31?

Herr Strate führt aus, dass die Aids-Hilfe nicht betroffen sei. Die Konsolidierung der Aids-Hilfe sei im letzten Jahr abgeschlossen worden. Anders als vorgesehen sei die Zuschussgewährung an die Aids-Hilfe fortgesetzt worden. Die Aids-Hilfe sei von Zuschusskürzungen nicht betroffen.

An dieser Stelle sei die Einsparung von 52.000 € im Bereich der Suchtbekämpfung enthalten, die mit einem verringerten Ansatz von 39.000 € ausgewiesen seien. Man habe die Rate für das erste Quartal vertragsgemäß ausgezahlt. Für die restlichen Quartale habe man nichts mehr einplanen können. Insofern gelte hier das Gleiche wie beim Teilplan 1.31.31.

Frau Buchholz stellt den Antrag, zu diesem Teilplan einen gleichlautenden Zusatzbeschluss zu fassen.

Frau Priester-Büdenbender lässt über den Antrag abstimmen.

Anschließend werden die Positionen der vorgelegten Änderungsliste dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben (**siehe Anlage 1 zu TOP 5**).

Des Weiteren wird über die übersandten Konsolidierungsvorschläge beraten.

Frau Buchholz nimmt Bezug auf die Zuschussreduzierung im Bereich von psychisch Kranken an den Trägerverein NOVA in Höhe von 3.000 €. Sie bittet um Erläuterung.

Herr Steuber weist darauf hin, dass es sich hier um eine Aufgabe des Gesundheitsamtes handelt. Er habe das in einem Gespräch so verstanden, dass es sich hier nicht um eine Kürzung einer vertraglichen Regelung handelt, sondern die Zuschussreduzierung aufgrund der Erzielung höherer Erträge seitens des Trägers erfolgte.

Er schlägt vor, das Gesundheitsamt um Klärung zu bitten, ob es sich hier um eine dauerhafte Reduzierung des Zuschusses handelt und die Antwort dem Protokoll beizufügen.

Stellungnahme des Gesundheitsamtes:

„Es ist vorgesehen, den Zuschuss ab 2010 dauerhaft zu reduzieren. Mit dem Trägerverein NOVA e.V. hat es eine informelle Verständigung gegeben, dass die Arbeit auch mit einem verringerten Zuschuss fortgesetzt werden kann. Dazu bedarf es – nach Abschluss der Gespräche – noch der Vertragsänderung mit Rückwirkung.

In den Haushaltsansätzen, die in der Sitzung vorlagen, war diese Zuschussreduzierung noch nicht berücksichtigt.“

Herr Böcker merkt an, dass bei der Einstellung des Zuschusses für die Beratungsstelle „Opfer von Menschenhandel“ in der Beschreibung der Ausgangssituation ein Förderungsbetrag von 12.272 € genannt sei und als Konsolidierungsbeitrag 12.472 € ausgewiesen seien. Er möchte wissen, ob es sich hier um einen Druckfehler handelt.

Herr Kilic fragt im Auftrag des Integrationsrates, ob die 10%ige Kürzung im Bereich der Förderung der ausländischen Vereine zurückgenommen werden kann. Diese Position habe schon einige Kürzungen erfahren. Er bittet darum, die Kürzung zurückzunehmen.

Da nicht klar ist, in welche Position die Förderung fällt, schlägt Herr Steuber vor, das Anliegen zu prüfen. Er weist darauf hin, dass das in die Zuständigkeit des JHA fällt.

Anmerkung zur Niederschrift:

Integrationshilfen für Migranten (1.36.30.01)

Kostenart	Plan 2010	Plan 2009	Ist 2009
501950 Honorar	7.360 €	9.200 €	8.466 €
531800 Zuschüsse übrige Bereiche	2.080 €	2.600 €	2.600 €
542100 Aufwand ehrenamtl. Tätigkeit	1.920 €	2.400 €	1.130 €
542950 Sonst. Aufw.			

Inanspr. Dienste	320 €	400 €	0 €
	11.680 €	15.600 €	12.196 €

Die Haushaltskonsolidierung bei den Sachkosten für das Haushaltsjahr 2010 erfolgte auf Vorgabe der Kämmerei. Entsprechend wurde der eingebrachte Haushaltsplanentwurf ausgerichtet. Die rechtliche Grundlage wird dann der im Mai 2010 gefasste Ratsbeschluss zum Haushalt 2010. Diese Einsparungen sind bei beeinflussbaren Kosten quer durch den Haushalt angelegt (Jugend, Kultur, Sport.....).

Frau Sauerwein erinnert im Zusammenhang mit der Einstellung des Zuschusses an die Beratungsstelle daran, dass man lange dafür gekämpft habe, dass etwas für die betroffenen Frauen getan werde. Man könne daher diese Maßnahme nicht zustimmen, wenn man die aufgezeigten Konsequenzen und Auswirkungen berücksichtige.

Herr Söhnchen erklärt, dass auch seine Fraktion diese Maßnahme nicht mittragen könne. Ihm sei nicht klar, warum auch hier ein Konsolidierungsbeitrag für 2011 enthalten sei, wenn man über das Haushaltsjahr 2010 rede. Außerdem handele es sich hier nicht um sinnvoll eingespartes Geld.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass die Haushaltssystematik eine solche Darstellung vorsehe. Ein Wegfall gelte haushaltssystematisch auch für die Folgejahre und werde in das Konsolidierungsprogramm eingerechnet. Wenn in 2011 ein anderer Beschluss gefasst werde, würde das entsprechend korrigiert.

Frau Priester-Büdenbender sieht in diesem Punkt noch Beratungsbedarf. Sie schlägt vor, diesen Punkt zu vertagen.

Herr Steuber ergänzt, dass es sich hier nicht um eine Maßnahme handelt, die vom Fachbereich vorgeschlagen worden sei. Hier handelt es sich um einen Vorschlag, der vom Amt des Oberbürgermeisters gemacht worden sei. Wenn er das richtig verstehe, solle diese Einsparung erst 2011 wirksam werden.

Herr Söhnchen beantragt, diesen Punkt aus der Beschlussfassung rauszunehmen und diese Maßnahme als eigenen Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses zu beraten.

Frau Priester-Büdenbender bittet die Verwaltung, diesen Punkt in der Sitzung des Sozialausschusses am 27.04.2010 erneut vorzustellen.

Herr Beuth fragt nach den Ergebnissen im Bereich der Ziele und Kennzahlen.

Herr Dr. Schmidt verweist in diesem Zusammenhang auf die Jahresberichte. Wenn es gewünscht sei, würden daneben die Ergebnisse dem Ausschuss vorgelegt werden.

Herr Steuber erklärt, dass der Fachbereich diese Arbeit geleistet habe und er überrascht sei, dass diese hier nicht enthalten seien. Es gebe noch einen selbständigen sechsten Band, in dem die Ist-Ergebnisse abgebildet seien.

Frau Walter weist darauf hin, dass es sich bei dem vorliegenden Entwurf nur um einen Auszug handelt, der für die Beratung vorgesehen war.

Frau Reimann erklärt dazu, dass die Ist-Zahlen quartalsweise ermittelt würden und daher für das erste Quartal 2010 noch nicht vorlägen.

Herr Steuber bittet, die Ergebnisse aus dem letzten Quartal 2009 nachzureichen und dem Protokoll beizufügen (**siehe Anlage 2 zu TOP 5**).

Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt dem Entwurf des Haushaltsplanes 2010 unter Berücksichtigung der vorgelegten Änderungsliste - soweit seine Zuständigkeit gegeben ist - mit den nachfolgend aufgeführten Einschränkungen zu.

- a) Die Maßnahme OBGB.001 wird nicht beschlossen. Die Auswirkungen sind für eine Beratung in der Sitzung des Sozialausschusses am 27.04.2010 darzustellen.

.Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

- b) Im Teilplan 3131 soll die Konsolidierungsmaßnahme 55_06 an die bestehende Vertragslage angepasst werden, indem unter Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 19.06.2008 die für 2010 bisher eingeplanten Mittel um 106.000 € aufgestockt werden.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |

- ☐ Ohne Beschlussfassung
☐ Zur Kenntnis genommen

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

- c) Im Teilplan 4140 soll die Konsolidierungsmaßnahme 53_01 für die Suchthilfe an die bestehende Vertragslage angepasst werden, indem unter Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 19.06.2008 die für 2010 bisher eingeplanten Mittel um 39.000 € aufgestockt werden.

Abstimmungsergebnis:

- ☒ Einstimmig beschlossen
☐ Mit Mehrheit beschlossen
☐ Einstimmig abgelehnt
☐ Mit Mehrheit abgelehnt
☐ Abgelehnt bei Stimmengleichheit
☐ Ohne Beschlussfassung
☐ Zur Kenntnis genommen
☐

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

6. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus der ersten Sitzung des Seniorenbeirates und erläutert die Ziele und Aufgaben, mit denen sich der Seniorenbeirat zukünftig beschäftigen will.

7. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Dr. Schmidt informiert darüber, dass aufgrund einer fehlenden Satzung die konstituierende Sitzung des Behindertenrates, die für Ende April vorgesehen sei, noch weiter verschoben werden müsste. Das hänge davon ab, ob die noch offenen Fragen bis zur morgigen Ratssitzung geklärt werden könnten. Andernfalls müsse dieser Punkt in der nächsten Ratssitzung behandelt werden. Damit verschöbe sich auch die konstituierende Sitzung des Behindertenbeirates um ca. 4 Wochen.

8. **Anfrage gem. § 5 Abs. 1 GeschO für die Sitzung des SOA am 24.03.2010**
Hier: Anteil der Stadt Hagen an den Kosten für Hartz IV - bzw. ARGE-Leistungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Priester-Büdenbender fragt Herrn Böcker, ob die ausgelegte Tischvorlage als Antwort auf die Anfrage seiner Fraktion ausreichend sei (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Herr Böcker bejaht diese Frage. Er beschreibt die Problematik, die dieser Anfrage zugrunde lag. Er fragt in diesem Zusammenhang, ob eine Koordinierung verschiedener Stellen möglich sei.

Frau Küper weist darauf hin, dass Mietnomadentum bei den Kunden der ARGE nur zu einem äußerst geringen Anteil vorkomme. Sie weist auf den Sozialdatenschutz hin, der zwingend zu beachten sei.

Herr Reinhardt berichtet, dass er festgestellt habe, dass die ARGE sich weigere, trotz entsprechender Abtretungserklärungen, die von Vermietern vorgelegt würden, die Miete unmittelbar an den Vermieter auszusahlen. In diesem Zusammenhang werde auf das Ermessen hingewiesen, dass man habe. Weiterhin erkläre die ARGE, dass das mit dem Selbstbestimmungsrecht der Kunden nicht im Einklang stehe.

Frau Küper klärt darüber auf, dass SGB II – Leistungen grundsätzlich nicht abgetreten werden könnten. Vom Gesetz her sei es vorgesehen, dass die Miete grundsätzlich an den Kunden ausgezahlt werde. Da gebe es in den Fällen Ausnahmen, in denen bereits Mietrückstände entstanden seien. Daneben gebe es ein Verfahren, in dem dem Kunden bei drohender Obdachlosigkeit oder anderen Fällen die Möglichkeit eröffnet würde, freiwillig zu erklären, dass er mit der Direktüberweisung der Miete an den Vermieter einverstanden ist. Das sei aber Aufgabe des Kunden und nicht die des Vermieters.

Herr Böcker fragt, ob die ARGE personalmäßig in der Lage sei, Missstände zu überprüfen.

Frau Küper verweist auf ihre Antwort in der Vorlage.

Herr Steuber weist auf den Erstattungssatz des Bundes in Höhe von 24,4 % hin. Der Bund habe durch einfaches Bundesgesetz diesen Satz für dieses Jahr auf 23 % heruntergefahren. Das mache einen Betrag von über 1 Million € aus, die zu Lasten der Kommune ginge.

9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Kilic bietet an, in den Sitzungen des Sozialausschusses über die Beschlüsse aus dem Integrationsrat zu berichten.

Frau Priester-Büdenbender erklärt, dass man ab der nächsten Sitzung den Bericht aus dem Integrationsrat als ständigen Tagesordnungspunkt berücksichtigen werde.

Frau Kreiss weist darauf hin, dass noch ein stellvertretendes Mitglied für die Pflegekonferenz vom Sozialausschuss gewählt werden müsse. Sie bittet um einen Vorschlag.

Frau Buchholz schlägt Herrn Sven Söhnchen als Stellvertreter von Frau Priester-Büdenbender vor.

Weitere Vorschläge gibt es nicht.

Frau Priester-Büdenbender lässt über den Vorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss benennt als stellvertretendes Mitglied für die Pflegekonferenz Herrn Sven Söhnchen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Ende des öffentlichen Teiles: 17.40 Uhr

gez. Petra Priester- Büdenbender
Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin